

13. VII. 1919

M6

## Reichsbauernrat und Ernährungsamt.

### Die Mitwirkung der Bauernräte im Ernährungsdienste.

Auf Einladung des Staatssekretärs für Volksernährung Dr. Loevenfeld-Nuß fanden sich am 1. d. M. die Mitglieder des Exekutivkomitees des Reichsbauernrates zu einer Besprechung im Ernährungsamt ein. Der Staatssekretär gedachte zunächst von der in der Vormwoche abgehaltenen Besprechung mit den Vertretern der Bezirksarbeiterräte, welche den Zweck hatte, die Vertreter breiter Massen der Bevölkerung über die allgemeine Ernährungslage zu orientieren und die Umstände der Heranziehung der Arbeiterräte zur Mitwirkung im Ernährungsdienste zu erörtern. Den gleichen Zweck verfolgte die heutige Besprechung mit den Vertretern der Bauernräte. Auf die Besprechung der gegenseitigen Ernährungslage und deren Entwicklung für die nächste Zeit übergehend, betonte der Staatssekretär die Notwendigkeit der möglichsten Heranziehung der heimischen Produktion für die Versorgung der Bevölkerung, was heuer hinsichtlich des Getreides und der Mahlprodukte nach dem Kontingentierungssystem erfolge. Der Staatssekretär fuhr hierauf fort:

Rechnlich werden die Kartoffeln bewirtschaftet werden. Hinsichtlich der Viehproduktion wurde in den im Ernährungsamt für Landwirtschaft abgehaltenen Besprechungen daran festgehalten, vorläufig die Bewirtschaftung aufrecht zu erhalten. Hinsichtlich Milch, Fett, Eier, Butter beschäftigt das Staatsamt, die Aufzucht neu zu organisieren und zu verbessern. Die aktuellen Getreide- und Kartoffelpreise werden in den nächsten Tagen dem Ernährungsausschusse der Nationalversammlung vorgelegt werden. Es wird eine Erhöhung der Preise für Getreide sowie für Kartoffeln unter Rücksichtnahme auf die gestiegenen Gesehungskosten eintreten. Eine Erhöhung der Mehl- und Brotpreise wird jedoch nicht stattfinden.

Das Staatsamt für Volksernährung hat sich bei allen seinen Verfügungen immer vor Augen gehalten, die Anforderungen, die an die Landwirtschaft gestellt werden, sowohl mit den Interessen der Produktion als mit denen der Konsumenten im Einklang zu halten. Heute ist eine produktionsfördernde Politik unbedingt notwendig. Damit ist allerdings noch nichts getan, wenn nicht sowohl auf dem Lande als auch in den Städten und im gegenseitigen Verkehr die von den Behörden getroffenen Verfügungen beachtet werden. Gerade für die Heranbringung und Verwertung unserer Ernte wäre es sehr gefährlich, wenn die Aufrechterhaltung der Ordnung nicht verbürgt werden könnte. Es besteht die Gefahr, daß ein Teil der Ernte durch Veranbungen, Plünderungen, Felderbebel und ähnliches, namentlich in der Nähe der Großstädte, überhaupt verloren gehe. Außer durch allgemeine Aufklärung der Bevölkerung, daß dadurch unwiederbringlicher Schaden verursacht wird, muß es möglich sein, durch ein Zusammenwirken der Bauern- und Arbeiterräte eine

### Organisation zum Schutze der Feldfrüchte

zu schaffen, durch die diesen Gefahren vorbeugt wird. Eine Mitwirkung der Arbeiter- und Bauernräte im Ernährungsdienste wird sicher überaus nützlich sein. Denn das selbständige und unüberlegte Eingreifen einzelner fördert unmögliche Zustände zuwege, die Einheitslichkeit und das Einbernehmen mit den Behörden ist gerade im Ernährungsdienste unentbehrlich. Diese Organisation muß von unten auf lokal aufgebaut werden und sich in Bezirks- und Landesorganisationen fortsetzen, wobei dann in zweckdienlicher Weise die Verbindung mit dem Staatsamte für Volksernährung als Spitze des ganzen Ernährungsdienstes herzustellen sein wird.

### Die Exekutive der Reichsbauern- und Reichsarbeiterchaft.

Landesrat Zwetschger (N.-Oe.) dankt dem Staatssekretär für die den Vertretern der Bauernräte gegebenen Aufklärungen. Die Bauernräte haben sich für die Getreidebewirtschaftung festgelegt und es besteht in ihren Reihen der feste Wille und die lobhafte Absicht, in der Getreideaufbringung das Mögliche zu leisten. Es steht zu erwarten, daß die Bezirksbauernräte sich mit den Arbeiterräten in den Bezirkskommissionen gut verstehen werden. Redner verlangt Maßnahmen zum Schutze der Fluren und der Ernte, verweist auf den dringenden Bedarf an Kohle und Benzin für die Landwirtschaft und beschäftigt sich eingehend mit der Preisfrage, die so gelöst werden müsse, daß die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit den Gesehungskosten übereinstimmen. Er begrüßt schließlich die Anregung des Staatssekretärs, im Staatsamt für Volksernährung eine Exekutive aus Vertretern der Reichsarbeiter- und Reichsbauernschaft einzusetzen, von der er die Festsetzung möglichst einheitlicher, für die Länder gültiger Richtlinien für den Ernährungsdienst erwartet.

Abg. Kreilmann (O.-Oe.) verweist auf die Lohnforderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter, gibt dem Wunsche Ausdruck, es möge von allen Seiten der landwirtschaftlichen Arbeiterchaft zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie bei Einbringung der Ernte im Dienste der Allgemeinheit, nicht aber in dem des Besitzers, stehe.

Abg. Eisenhut (N.-Oe.) würde ein Zusammenarbeiten der Arbeiter und Bauern lebhaft begrüßen. Um das Kontingent aufzubringen, wäre Aufklärung nötig, und gerade die Arbeiterräte müßten auf die Arbeiter einwirken, daß nicht Forderungen aufgestellt werden, die der Bauer zu erfüllen nicht in der Lage wäre.

### Die Notwendigkeit des Flurschutzes.

Bauernrat Pfarrer (Niederösterreich) betont, die Forderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter müßten auf jenes Maß gebracht werden, das der selbsttätige Bauer zu bewilligen imstande ist. Er bespricht die Notwendigkeit des Flurschutzes und tritt dafür ein, daß dieser den Landwirten selbst in die Hand gegeben werde.

Abg. Hans Goser (Niederösterreich) erklärt, die landwirtschaftliche Genossenschaftsorganisation sei laufmännisch der Aufgabe, die sie zu erfüllen habe, voll und ganz gewachsen und werde alles daran setzen, um das Kontingent aufzubringen. Er wendet sich gegen die eigenmächtig eingeleiteten Beschlagnahmen durch einzelne Arbeiter- und Soldaterräte, wodurch Unsicherheit und Abneigung gegen die Ablieferung geschaffen werde.

Abg. Emich freundlich stellt fest, daß die Vertreter der Arbeiterschaft und Bauernschaft darin einig sind, auf dem Gebiete der Ernährungsorganisation gemeinsam zu arbeiten.

Vizepräsident Pank bemerkt, die geminderte Autorität der Behörden und manch andere Umstände, vor allem der ungeheure Ernährungsbedarf der Bevölkerung in den Industriezentren und Städten habe dazu geführt, daß die Felderbebel in geradezu entsetzlicher Weise zugenommen haben. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigten, daß es nur einen sicheren Feldschutz gibt, u. zw. durch die Landwirte selbst. Das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft hat sich bereit erklärt, für den Flurschutz Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Sektionsrat Dr. Mazanec gibt Aufklärungen über die Bemühungen des Staatsamtes zur Sicherstellung der Kohlen- und Benzinmengen für Drußzwecke.

Staatssekretär Dr. Loevenfeld-Nuß stellt abschließend die Bereitwilligkeit der Bauern- und Arbeiterräte zur gemeinsamen Arbeit fest. Nunmehr werde das Staatsamt für Volksernährung mit den Vertretern der von der Reichskommission der Arbeiterräte eingesehten Reichswirtschaftskommission einerseits und dem Exekutivkomitee des deutschösterreichischen Bauernrates andererseits den weiteren Ausbau und die Durchführung dieser Zusammenarbeit besprechen. Die Absicht des Staatssekretärs gehe dahin, daß die Vereinigungen auch Delegationen ins Staatsamt für Volksernährung selbst entsenden, um die notwendige Verbindung herzustellen.